

Uganda: Deutsche Katholiken wollen Gesetzesvorlage stoppen

Die deutsche Kirche appelliert an Uganda, ein extrem homosexuellenfeindliches Gesetz doch noch zu kippen – die Hoffnung dafür ist allerdings klein.



Die Deutsche Bischofskonferenz hat das kürzlich erlassene Homosexuellen-Gesetz in Uganda verurteilt. "Die Verfolgung muss aufhören – nicht nur in Uganda, Nigeria, Russland, sondern überall in der Welt", forderte am Donnerstag der LGBTQ*-Beauftragte der Bischofskonferenz, der Essener Weihbischof Ludger Schepers.

Das ugandische Parlament hatte im März seine Gesetzgebung gegen sexuelle Minderheiten verschärft. Demnach können Menschen, die in dem ostafrikanischen Land homosexuelle Handlungen vollziehen oder Versuche homosexueller Handlungen nicht melden, mit sieben und zehn Jahren Haft oder hohen Geldstrafen belegt werden. Homosexuellen, die sich "schwerer" Vergehen schuldig machen, droht im schlimmsten Fall sogar die Todesstrafe. Welche Vergehen im Detail darunter fallen, konkretisierten die Parlamentarier*innen nicht.

"Die Menschenrechte gelten für alle"

"Als Kirche, die leider selbst auf eine lange Tradition der Queer-Feindlichkeit zurückblickt und gerade mühsam dabei ist, diese Haltung zu überwinden, dürfen wir angesichts solcher Massnahmen nicht schweigen", sagte Schepers. "Die Menschenrechte gelten für alle. Erst jüngst hat Papst Franziskus klargestellt: Die Kriminalisierung von Homosexualität ist ungerecht." In dem angesprochenen Interview sprach sich Franziskus zwar gegen die staatliche Verfolgung aufgrund der sexuellen Orientierung aus, bekräftigte aber gleichzeitig, dass gelebte Homosexualität immer eine Sünde sei.

Auch der Chef der katholischen Kirche in Uganda hatte kürzlich erklärt, dass ihm das queerfeindliche Gesetz zu weit ginge. Allerdings macht auch die ugandische Kirche seit Jahren Stimmung gegen queere Menschen – und lehnt generell die staatliche Verfolgung Homosexueller nicht ab.

Präsident Museveni: Homosexualität ist "eine grosse Bedrohung"

Hoffnungen auf ein Veto des neuen Gesetzes durch Präsident Yoweri Museveni sind in den letzten Tagen geschrumpft. So berichtet der britische "Guardian", dass der Staatschef erst am Sonntag gesagt hatte, Homosexualität sei "eine grosse Bedrohung und eine Gefahr für die Fortpflanzung der Menschheit". Zuvor sei eine vom Parlament und der amerikanischen evangelikalen Hassgruppe Family Watch International organisierte Konferenz abgehalten worden, bei der sich Delegierte aus 22 Ländern wie Sambia, Kenia und Sierra Leone über den Kampf gegen queere Menschen austauschten. Auch britische Parlamentsabgeordnete sollen der Konferenz beigewohnt haben.

Das Gesetz ist bislang noch nicht in Kraft getreten. Museveni hat noch bis nächsten Monat Zeit, es zu unterzeichnen.